

Abgehängte Regionen?

Probleme und Gegenstrategien



**Ergebnisse des
Transferworkshops 2018
der Expertenplattform
Demographischer Wandel in
Sachsen-Anhalt**



Expertenplattform
Demographischer Wandel
in Sachsen-Anhalt

Inhalt

1. Abgehängte Regionen – ein umstrittener Begriff	5
2. Wirtschaftliche Entwicklung	8
3. Demographie und Demokratie	13
4. Lokale Entwicklungsstrategien	17
5. Fazit	22

IMPRESSUM

Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, c/o Interdisziplinäres Zentrum für Altern Halle (IZAH), Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Ernst-Grube-Straße 40, 06120 Halle (Saale). Sprecher: Prof. Dr. Peer Pasternack
Internet: <http://expertenplattform-dw.de/>

Halle (Saale) 2018

Text und Redaktion: Carsten Köppl, Next:Public GmbH; Peer Pasternack, Sprecher der Expertenplattform, Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF); Steffen Zierold, Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)

Bildnachweis: HoF (S. 5, 8, 9, 10, 15 oben, 17, 19, 22), IWH (S. 3, 4, 13, 15 unten, 18), Pool-play, pixabay.de (Titelfoto)

Der Workshop wurde im Auftrag der Expertenplattform vom Institut für Hochschulforschung (HoF) (Peer Pasternack, Gerhard Wünscher, Steffen Zierold) und dem Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Gerhard Heimpold) organisiert.

„Abgehängte Regionen – Probleme und Gegenstrategien“, so lautete der gezielt provokante Titel des Transferworkshops 2018 der Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt. Dass das Thema (vermeintlich) abgehängter Regionen bewegt, zeigte sich an der hohen Resonanz von rund 80 Teilnehmern aus Wissenschaft, Kommunen, Landesverwaltung und Verbänden, die ins Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) kamen.



Prof. Reint E. Gropp, Präsident des IWH, begrüßt die Teilnehmenden des Transferworkshops

Der Präsident des IWH, Prof. Reint E. Gropp, begrüßte die Gäste. Er hob darauf ab, dass sich in den letzten Jahren der Gegensatz zwischen „Boomregionen und strukturschwachen Regionen“ verschärft habe.

„Die Einwohnerzahlen auf dem Land gehen weiter zurück“, so Gropp. Daher stelle sich vermehrt die Frage, ob die Investitionen der Kommunen zukunftsfähig seien. Er verwies auf eine IWH-Studie zu kommunalen Investitionen: Sie komme zu dem Ergebnis, dass viele Kommunen am Bedarf vorbei investieren. Zu selten würden die Kosten der Infrastruktur „pro Kopf“ erhoben, und die Kommunen investierten nach dem Grundsatz „build it and they will come“ – dies sei allerdings ein Traum, mahnte Gropp. Zudem informierte der IWH-Präsident darüber, dass das IWH derzeit an einem Well-being-Index arbeite, in dem auch die sozialen Kosten der Infrastruktur enthalten seien.

Der Workshop brachte Wissenschaftler und Praktiker aus Sachsen-Anhalt und benachbarten Bundesländern zusammen, die sich mit der Zukunftsgestaltung im ländlich geprägten Raum befassen. Gemeinsam wurden Wege diskutiert, wie das Leben in diesen Regionen lebenswert erhalten werden kann.

In ihrem Eröffnungsvortrag erläuterte Antonia Milbert vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) das Messkonzept

„Die Einwohnerzahlen auf dem Land gehen weiter zu-

rück“, so Gropp. Daher stelle sich vermehrt die Frage, ob die Investitionen der Kommunen zukunftsfähig seien. Er verwies auf eine IWH-Studie zu kommunalen Investitionen: Sie komme zu dem Ergebnis, dass viele Kommunen am Bedarf vorbei investieren. Zu selten würden die Kosten der Infrastruktur „pro Kopf“ erhoben, und die Kommunen investierten nach dem Grundsatz „build it and they will come“ – dies sei allerdings ein Traum, mahnte Gropp. Zudem informierte der IWH-Präsident darüber, dass das IWH derzeit an einem Well-being-Index arbeite, in dem auch die sozialen Kosten der Infrastruktur enthalten seien.



IWH-Studie zu kommunalen Investitionen zum Download unter:
www.iwh-halle.de/en/publications/detail/Publication/der-demographische-wandel-und-kommunale-investitionen/

des BBSR zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Dabei stellte sie klar, dass für sie „abgehängt“ kein passender Begriff für die „territoriale Ungleichheit“ sei, die mit demographischer Schrumpfung und struktureller, wirtschaftlicher Schwäche einhergeht.

Es folgten drei Themenblöcke – Wirtschaftliche Entwicklung, Demographie und Demokratie sowie Lokale Entwicklungsstrategien –, jeweils mit einem wissenschaftlichen Input und zwei Kommentierungen von Praktikern.

Anliegen des Transferworkshops war es, nicht bei der Bestandsaufnahme von Problemen stehenzubleiben. Vielmehr wurde auch darüber diskutiert, was in Situationen des (vermeintlichen) Abgehängtseins getan werden kann. Dieser Intention folgend, schließt im folgenden jedes Kapitel mit dem Destillat der Empfehlungen aus Impulsvorträgen, Entgegnungen und Diskussion mit dem Publikum. Zudem wurden von den Referenten eine Reihe von Untersuchungen und Studien zum Thema erwähnt: Diese werden in Infokästen jeweils mit Webadresse für die Leser vermerkt, der tiefer in die Thematik einsteigen möchte.



Die Aktualität und Brisanz des provokant formulierten Themas spiegelten sich in der regen Beteiligung von rund 80 Teilnehmenden wider

1. Abgehängte Regionen – ein umstrittener Begriff



Antonia Milbert und Dr. Gerhard Wünsch, der den Workshop moderierte

„Abgehängte Regionen‘ – mein Name ist offenbar mit diesem Begriff verbunden – dabei finde ich ihn gar nicht passend“, schränkte Antonia Milbert, vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR), gleich zu Beginn des Workshops ein. Milbert erreichte ungewollte Be-

kanntheit, nachdem sie für die Bundesregierung Anfang 2017 eine Kleine Anfrage der Grünen im Bundestag mitbeantwortet hatte. Die Grünen hatten wissen wollen, welche Erkenntnisse die Bundesregierung über „abgehängte Regionen“ in Deutschland hat (siehe Kasten S. 7).

Milbert aktualisierte für die Antwort die Zahlen zu den Dimensionen unterschiedlicher Lebensverhältnisse, die im Raumordnungsbericht 2011 verwendet worden waren (siehe Verweis rechts). Die Wissenschaftlerin identifizierte so elf ländliche Regionen (vgl. Tabelle S. 6) mit „sehr stark unterdurchschnittlichen“ Lebensverhältnissen – den Begriff „abgehängte Regionen“ benutzte sie nicht. Fünf dieser elf Regionen liegen in Sachsen-Anhalt: Altmarkkreis Salzwedel, Stendal, Mansfeld-Südharz, Burgenlandkreis und Harz.

Die Sendereihe „Abgehängte Regionen“ des Deutschlandfunks machte dann einige dieser Regionen auch bundesweit bekannt. Milbert selbst ist mit dem Begriff „abgehängt“ nicht glücklich und plädierte dafür, ihn nach dem Transferworkshop nicht mehr zu benutzen: „Abgehängt sein bedeutet loswerden, herauslösen oder hinter sich lassen. Das geben unse-



Der Raumordnungsbericht 2011 unter
www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2012/rob-2011.html?nn=412542

Der aktuelle Raumordnungsbericht 2017 unter
www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2017/rob-2017.html

re Daten aber nicht her.“ Vergleiche man die Zahlen mit dem Jahr 2000, zeige sich: Einige dieser Regionen haben sich wirtschaftlich durchaus positiv entwickelt. Auch wenn sich die Bruttowertschöpfung mal über, mal unter dem Bundesdurchschnitt bewegt, so ist sie dennoch in allen Regionen gestiegen. Zudem konnten von 2000 bis 2015 viele Gebiete in Ostdeutschland den Unterschied in der Wertschöpfung zu Westdeutschland verringern.

Milbert wies auch darauf hin, dass es zwar „gewisse Zusammenhänge, aber kein stringente Stadt-versus-Land-Logik in der Wertschöpfung“ gebe. Jedoch belegen die Zahlen des BBSR einen starken Zusammenhang zwischen Wertschöpfung und Beschäftigungsentwicklung und Bevölkerungsentwicklung – Regionen, die unter starker Abwanderung leiden, entwickeln sich wirtschaftlich schwächer als Regionen mit stabiler oder steigender Bevölkerung.

Ausprägung regionaler Lebensverhältnisse*

Land	Kreisregion „stark unterdurchschnittlich“	Kreisregion „sehr stark unterdurchschnittlich“
Brandenburg	Oder-Spree/Frankfurt (Oder) Oberspreewald-Lausitz Uckermark	Prignitz Ostprignitz-Ruppin Elbe-Elster
Bremen	Bremerhaven	---
Mecklenburg-Vorp.	Ludwigslust-Parchim Vorpommern-Greifswald	Vorpommern-Rügen Mecklenburgische Seenplatte
Nordrhein-Westfalen	Herne Oberhausen Gelsenkirchen	---
Sachsen-Anhalt	Anhalt-Bitterfeld/Dessau-Roßlau Jerichower Land Wittenberg Saalekreis Salzlandkreis	Altmarkkreis Salzwedel Stendal Mansfeld-Südharz Burgenlandkreis Harz
Thüringen	Altenburger Land Unstrut-Hainich-Kreis	Kyffhäuserkreis

* jeweils aktuellste verfügbare Datengrundlagen zwischen 2013–2016; schlechteste Ausprägung zuerst
Tabelle: Next:Public, Quelle: Bundestagsdrucksache 18/11263

Im folgenden erläuterte Antonia Milbert das BBSR-Messkonzept für den Vergleich der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Für „stark unterdurchschnittlich“ reichte es aus, wenn vier der sechs untersuchten Bereiche Demographie, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Wohlstand, Infrastruktur und Wohnungsmarkt als unterentwickelt eingestuft werden. „Vor allem die Aspekte Demographie, Arbeitsmarkt und Wohlstand führten bei der Antwort auf die Kleine Anfrage zu dieser Einschätzung“, erklärte Milbert.

„Wir sind selbstkritisch mit diesem Messkonzept“, bekundete Milbert. Das BIP je Erwerbstätige sei kein guter Indikator, Einwohnerdichte auch nicht. Zudem werde Wohlstand von den Menschen in ländlichen Regionen mitunter anders erlebt als in städtischen Gebieten. Und im Bereich „Infrastruktur“, also z.B. ärztliche Versorgung und Anschluss an Autobahnen oder Zugstrecken, seien die Regionen nicht stark unterdurchschnittlich versorgt. Auch gingen Infrastrukturen manchmal über administrativ definierte Raumgrenzen hinaus, was vom aktuellen Messkonzept nicht erfasst werde. „Wir wollen ein neues Messkonzept entwickeln“, schloss Milbert ihre Ausführungen. Darin würden der individuelle Wohlstand erfasst und Städte und ländliche Räume unterschiedlich berücksichtigt. Zudem solle es dann keinen „Globalindex“ mehr geben, sondern jede einzelne Dimension werde einzeln betrachtet.

Kleine Anfrage: Stärkung strukturschwacher Regionen in Deutschland

Mit Verweis auf die „hohen Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien in den ländlich geprägten Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern“ hat die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 18.1.2017 (Drs. 18/10951) die Bundesregierung zu strukturschwachen Regionen in Deutschland befragt.

In der Kleinen Anfrage verwies die Fraktion auf einen diskutierten Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Strukturschwäche, starken Abwanderung oder hohen Arbeitslosenquote dieser Regionen und dem populistischen Wahlverhalten: „Die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in städtischen Ballungszentren und ländlichen Regionen werden für das divergierende Wahlverhalten der jeweiligen Bevölkerung verantwortlich gemacht.“

Für die Antwort der Bundesregierung aktualisierte das BBSR die Daten des für den Raumordnungsbericht 2011 entwickelten Indikatorenmodells. Die Bundesregierung verweist darauf, dass es sich um einen noch fortzuentwickelnden Ansatz handle. „Aussagen über die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und etwaige Handlungserfordernisse lassen sich daraus aber schon im Hinblick auf die unterschiedlichen räumlichen Verhältnisse und aufgrund des Fehlens qualitativer Merkmale nicht ohne Weiteres ableiten.“ Zu einem Zusammenhang zwischen den regionalen Lebensverhältnissen und der Anzahl von Nichtwählerinnen und Nichtwählern bzw. den Wahlergebnissen rechtspopulistischer Parteien lägen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor, heißt es in der Antwort.



Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/112/1811263.pdf>

2. Wirtschaftliche Entwicklung

Die ländlich-peripheren Räume und ihre Potenziale

„Was sind ländliche Räume?“, fragte Dr. Patrick Küpper vom Thünen-Bundesforschungs-institut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei zu Beginn



Viele einstige Problemregionen sind heute erfolgreich, erläutert Patrick Küppers

seines Vortrages. Zur Beantwortung stellte er den Ländlichkeitsindex seines Hauses vor. Ländliche Räume werden dabei über fünf Kriterien definiert: Siedlungsdichte, Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Fläche, regionales Bevölkerungspotenzial und Erreichbarkeit großer Zentren (siehe Verweis unten).

als „abgehängt“ bezeichneten Regionen regelmäßig ländlich geprägt sind – es gebe keinen statistischen Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Lage und Ländlichkeit, so Küpper. Oftmals hätten sich sogar verdichtungsraumnahe Regionen schlechter entwickelt als sehr ländliche Räume. Wie zuvor auch Milbert betonte Küpper den starken Zusammenhang zwischen Arbeitsplätzen und Bevölkerung – „dort, wo die Menschen keine Arbeit mehr finden, gehen sie weg“. Und dort, wo nur noch wenige Erwerbstätige wohnen, finden wenig Ansiedlungen statt und werden folglich kaum Arbeitsplätze geschaffen.

Doch auch, wenn die in der öffentlichen Debatte

Dieser „Teufelskreis“ wurde schon in den 60er Jahren beschrieben, erläuterte der Wissenschaftler, aber: „Viele dieser Regionen sind heute erfolgreich“. Hierfür seien auch „Brems-effekte“ der Schrumpfung verantwortlich. Dazu gehörten Finanzausgleichssysteme, sinkende Immobilienpreise, die Menschen anlocken,



*Der Landatlas des
Thünen-Instituts unter
www.landatlas.de*

sinkende Löhne, die auch Chancen für Unternehmen darstellen können, wachsende Freiräume, die innovative Ideen zulassen, und letztlich die „passive Sanierung“, bei der die Arbeitslosenquote durch Abwanderung und Verrentung zurückgehe. Als heute erlebbare Beispiele solcher Bremseffekte nannte Küpper die Energiewende, die hauptsächlich in diesen strukturschwachen, ländlichen Regionen stattfindet, „Spill-over-Effekte“ durch Tourismus oder Lebensmittelproduktion und die Entlastung der Ballungsräume mit ihren hohen Immobilien- und Mietpreisen.

Wichtig sei, die Wirtschaftskraft in den strukturschwachen-ländlichen Regionen zu stärken. Agglomerationseffekte, also Verdichtungen von Unternehmen und Industrien an einem Standort, und Verkehrsinfrastrukturen seien hierfür nicht mehr so relevant. Dagegen hätten der Aufbau lokaler Wissensinfrastrukturen und sozialen Kapitals (bürgerschaftliches Engagement, konservative Werte, Unternehmertum) an Bedeutung gewonnen.

Aus der kommunalen Anwendungspraxis antworteten Thomas Böhm, Wirtschaftsdezernent des Burgenlandkreises, und Andreas Brohm, Bürgermeister der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte, auf die Ausführungen von Küpper.

Der Burgenlandkreis gehörte zu dem vom Deutschlandfunk als „abgehängte Region“ porträtierten Kreise. „Wir mussten lange arbeiten, um diesen Stempel wieder loszuwerden“, haderte **Thomas Böhm** mit der Berichterstattung. Auch wenn sich die Region nicht als „abgehängt“ bezeichnen lassen möchte, steckt der hauptsächlich ländlich geprägte Burgenlandkreis in einem tiefen Strukturwandel: Er ist eine der vier deut-



Thomas Böhm: „Der Burgenlandkreis nimmt schon heute die Zeit nach dem Kohleausstieg in den Blick“



Das Förderprogramm „WIR – Wandel durch Innovation“ unter www.unternehmen-region.de/strukturwandel

schenen Braunkohleregionen. Etwa 6.000 Arbeitsplätze im Kreis hängen an der Braunkohleförderung. Schon heute gilt es daher, die Zeit nach dem Ausstieg aus der Braunkohle in den Blick zu nehmen. Dafür nimmt der Burgenlandkreis beispielsweise an dem Förderprogramm „WIR – Wandel durch Innovation“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung teil (siehe Verweis links).

Als wichtige Handlungsfelder benannte Böhm weiterhin die Verkehrsinfrastruktur und die kommunalen Finanzen. Der Anschluss der Region an Autobahnen, der Ausbau von Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen und der Anschluss an das mitteldeutsche S-Bahn-Netz um Halle/Leipzig seien wichtige wirtschaftliche Faktoren. Zudem gelte es, die kommunale Selbstverwaltung finanziell zu stärken, vor allem auch, um „Bottom-up-Ansätze“ engagierter Bürger in den Gemeinden sinnvoll unterstützen zu können. Dass es diese engagierten Bürger gibt, zeige sich beispielsweise bei dem Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“, des Bundeslandwirtschaftsministeriums (siehe Verweis rechts). Dieses werde in den Gemeinden des Burgenlandkreises gut angenommen, erzählte Böhm.



Der Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ unter:
www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/BULE/Wettbewerbe/_texte/Dorfwettbewerb_Dossier.html



*Andreas Brohm appelliert:
„Man muss die Gemeinden
auch machen lassen können“*

Andreas Brohm ist Bürgermeister von Tangerhütte, einer Einheitsgemeinde, bestehend aus 31 Dörfern und mit knapp 11.000 Einwohnern, flächenmäßig so groß wie Frankfurt am Main. Auch Brohm bemängelte den geringen Gestaltungsspielraum der Gemeinden. Er habe wegen Personalknappheit niemanden mehr in der Verwaltung, der den Menschen zuhören kann. Dies sei in den Kapazitätsberechnungen für die Verwaltungsgröße nicht vorgesehen. Dabei wollen sich die Leute engagieren, brauchen dafür aber Unterstützung durch die Verwaltung – für den Erstkontakt also jemanden, der ansprechbar ist und zuhört.

Als Beispiel für das Engagement nannte Brohm die Sanierung des Schlossdaches von Tangerhütte. Die Bürger spendeten Anfang des Jahres dafür über 60.000 Euro, um die nötige Gegenfinanzierung zu gewährleisten. Zusammen mit 200.000 Euro von der EU ist die Sanierung nun gesichert. „Das hat viel zu einer gemeinsamen Identität bei uns in der Stadt und Region beigetragen.“ Allerdings habe er dafür viele bürokratische Hürden überwinden müssen: „Man muss uns Gemeinden auch machen lassen können“, so sein Appell.

In der anschließenden Diskussion wurde mehrfach herausgestellt, dass gerade kleinere Gemeinden und Dörfer mehr finanzielle Spielräume abseits von zweckgebundenen Förderprogrammen brauchten – einerseits um die kommunale Selbstverwaltung langfristig-strukturell zu sichern, andererseits um Initiativen und Vorschläge aus der Bürgerschaft unterstützen zu können. Dazu gehörten auch „Kümmerer“ in der Verwaltung, die Umsetzungsideen regulatorisch begleiten und unterstützen. Solche Kümmerer und Begleiter für ehrenamtliche Initiativen seien wichtig, damit die Menschen in den ländlichen Regionen den Glauben an ihre eigene Gestaltungskraft und an die Zukunftsfähigkeit der Region wiederbekommen.

Praxisbeispiel: Kommunal-Pauschale im Freistaat Sachsen

Ende Mai 2018 hat der sächsische Landtag das „Gesetz über die Gewährung pauschaler Zuweisungen zur Stärkung des ländlichen Raumes im Freistaat Sachsen in den Jahren 2018 bis 2020“ verabschiedet. Die Landesregierung unterstützt kreisangehörige Gemeinden für die Jahre 2018 bis 2020 mit jeweils 70 Euro für die ersten 1.000 Einwohner, also maximal 70.000 Euro je Gemeinde und hochgerechnet auf die drei Jahre 210.000 Euro. Die Kommunen im ländlichen Raum erhalten damit insgesamt bis 2020 pro Jahr 30 Millionen Euro, also insgesamt 90 Millionen Euro zur Stärkung ihrer Finanzkraft.

Diese „Kommunal-Pauschale“ ist bewusst unbürokratisch angelegt, um die Gemeinden im ländlichen Raum kurzfristig zu stärken. Die Mittel stehen den Kommunen zur freien Verfügung. Neben dem Einsatz für Investitionen oder als Eigenmittlersatz bei geförderten Investitionen könnten die Mittel daher auch für laufende Aufwendungen, wie z.B. die Vereinsarbeit, verwendet werden. Weitere Beispiele für die Verwendung der Mittel sind Maßnahmen zur Vitalisierung der Ortskerne, Investitionen in die Bildungsinfrastruktur, die Digitalisierung oder den kommunalen Straßenbau. Grundsätzlich wird den Verantwortungsträgern vor Ort die Entscheidung überlassen, wie sie die zusätzlichen Mittel zum Wohl ihrer Gemeinde einsetzen. Auch müssen sie keine Verwendungsnachweise erbringen.



Das Gesetz zur Kommunal-Pauschale unter
http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=13457&dok_art= Drs&leg_per=6

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Ländliche Räume sind nicht per se strukturell benachteiligt. In Hinblick auf die Gestaltung zukunftssicherer Entwicklungen in ländlichen Regionen lassen sich Beiträge und Diskussion so zusammenfassen:

- „Abgehängt“ ist kein passender Begriff für die territoriale Ungleichheit, die mit demographischer Schrumpfung und struktureller wirtschaftlicher Schwäche einhergeht. Auch strukturschwache Regionen haben zumeist eine positive wirtschaftliche Entwicklung hinter sich.
- Einstige Problemregionen haben sich oftmals gut entwickelt. Hierfür sind auch Bremseffekte der Schrumpfung verantwortlich. Dazu gehören Finanzausgleichssysteme, sinkende Immobilienpreise, die Menschen anlocken, sinkende Löhne, die auch Chancen für Unternehmen darstellen können, wachsende Freiräume, die innovative Ideen zulassen, und letztlich die „passive Sanierung“, bei der die Arbeitslosenquote durch Abwanderung und Verrentung zurückgeht.
- Agglomerationseffekte und Verkehrsinfrastruktur sind nicht alleinig für die Wirtschaftskraft einer Region relevant. Die Ankopplung an Informationsnetze, Wissensinfrastrukturen und die Bildung von sozialem Kapital werden zunehmend bedeutender.
- Gerade kleinere Gemeinden brauchen mehr finanzielle Spielräume abseits von zweckgebundenen Förderprogrammen, um Initiativen und Vorschläge aus der Bürgerschaft unterstützen zu können. Das Wissen dazu, wo besondere Herausforderungen bestehen, wo und wie diese zu bearbeiten sind, ist gerade in kleinen Orten stark lokal verankert. Daher empfiehlt es sich, bestimmte Ausgabeentscheidungen auch vor Ort treffen zu können, wozu Ressourcen auch jenseits von Landes-, Bundes- und/oder EU-Programmen verfügbar und nach lokalem Ermessen einsetzbar sein sollten. Zu den nötigen Ressourcen gehören zudem „Kümmerer“ in der Verwaltung, die Ideen regulatorisch begleiten und unterstützen.
- Die kommunale Selbstverwaltung ist langfristig zu sichern, kommunale Entscheidungsbefugnisse sind eher auszubauen als zu beschneiden – Akteure vor Ort sind häufig Spezialisten für lokale Problemlagen, Lösungswege etc. –, und die Kommunen müssen finanziell gestärkt werden.

3. Demographie und Demokratie

Lebensunzufriedenheit im ländlichen Raum und was Bürger und Politik dagegen tun können

Bereits seit einigen Jahren wird in der wissenschaftlichen Debatte auf die Wechselwirkungen von Demographie und Demokratie hingewiesen. Sinkende Bevölkerungszahlen, eine alternde Gesellschaft, innerdeutsche Wanderungsbewegungen wie auch Zuwanderung verschärfen gesellschaftliche Gegensätze: zwischen stark abwanderungsgeprägten und geburtschwachen ländlichen Regionen und wachsenden Städten, zwischen Alt und Jung, zwischen kinderlosen und Menschen mit Kindern, zwischen Einkommenschwachen und Einkommensstarken, zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Dabei provozieren die stärker werdenden regionalen Ungleichgewichte Verteilungsfragen.

Oftmals sind Schrumpfungsprozesse mit einem Abschmelzen der infrastrukturellen Versorgung verbunden. Wenn die Grundschule und der örtliche Einkaufsmarkt geschlossen und die ärztliche Versorgung merklich ausgedünnt ist, verlieren die Menschen in den ländlichen Gebieten wichtige Identifikationsfaktoren.



Prof. Everhard Holtmann stellt die Ergebnisse des „Sachsen-Anhalt-Monitor 2018“ vor

Diese Entwicklung hat entsprechende Auswirkungen auf die Bewohner in den betroffenen Regionen, die sich oftmals abgehängt und alleingelassen fühlen. Mit dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien vor allem in abgelegenen und strukturschwachen Regionen und Dörfern bekommen die

Diskussionen über infrastrukturelle Versorgung und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse eine Dimension, die unmittelbar auch das politische System berührt.

Im Themenblock „Demographie und Demokratie“ ging es um die Lebenszufriedenheit in ländlichen Regionen. Eine wissenschaftliche Grundlage unter anderem dafür soll der „Sachsen-Anhalt-Monitor“ des Zentrums für Sozialforschung Halle (ZSH) liefern. Den Monitor gibt es bereits seit 2007. Prof. **Everhard Holtmann**, Forschungsdirektor des ZSH, zog für seinen Beitrag einige Ergebnisse des neuesten Monitors von 2018 heran.

Lebenszufriedenheit wird allgemein definiert als kognitiver Bewertungsprozess der eigenen Lebensumstände, erläuterte Holtmann. Sie misst also das subjektive Wohlbefinden: Diese wird normalerweise relativ zu einem Vergleichsstandard wahrgenommen, z.B. einer früheren Lebensphase oder zu anderen Personen. In die Messung, die der Sachsen-Anhalt-Monitor unternimmt, fließen unter anderem Fragen zur Daseinsvorsorge mit ein, aber auch zur allgemeinen und persönlichen wirtschaftlichen Lage, zum Politik- und Demokratieverständnis und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

„In Sachsen-Anhalt sind aktuell 22 Prozent der Bürger sehr zufrieden mit ihrer Lebenssituation, und weitere 48 Prozent geben an, eher zufrieden zu sein“, berichtete Holtmann. Das ist ein Plus von 7 Prozentpunkten im Vergleich zu 2014. Lediglich 6 Prozent der Befragten äußern sich unzufrieden über ihre Lebenslage. Damit liegt Sachsen-Anhalt etwa im bundesdeutschen Mittel: „Eher“ und „sehr zufrieden“ sind 83 Prozent im Westen und 76 Prozent im Osten. Demgegenüber stehen 3 bzw. 5 Prozent, die mit ihrem Leben unzufrieden sind.

Der Sachsen-Anhalt-Monitor erlaubt auch Einblicke in die regionale Verteilung der Lebenszufriedenheit. Auffällig sei, dass es insgesamt kaum Unterschiede gebe zwischen schrumpfenden und wachsenden Regionen im Land. Die wirtschaftliche Lage des Wohnortes und die persönlichen Zukunftsaussichten würden in schrumpfenden Regionen geringer beurteilt, die eigene wirtschaftliche Lage werde aber als positiv beschrieben und liege im Landesdurchschnitt.

Allerdings seien es gerade die kleinen Städte und Dörfer mit unter 2.000 Einwohnern, in denen eine gewisse Demokratieverdrossenheit messbar ist. Demnach gaben 2018 18 Prozent der Befragten in Kleinstädten und Dörfern „Protest“ als Grund zur Beteiligung an einer Wahl an, während der Landesdurchschnitt bei 13 Prozent lag. Und auch die Präferenz für die AfD lag in kleinen Orten (unter 2.000 Einwohner) mit 23,5 Prozent deutlich über dem Durchschnitt in Sachsen-Anhalt mit 13,5 Prozent. In schrumpfenden Regionen liegt sie bei 17 Prozent.



Der Sachsen-Anhalt-Monitor unter
<https://lpb.sachsen-anhalt.de/online-angebote/downloads/sachsen-anhalt-monitor/>



Siegrun Höhne: „Wir brauchen Coaches und Dorfmanager“

Aus der Perspektive der Praxis antworteten Siegrun Höhne von der Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt und Markus Nierth, ehemaliger Ortsbürgermeister von Tröglitz (Gemeinde Elsteraue im Burgenlandkreis).

„Es verletzt die Menschen, wenn sie hören, dass sie in einer abgehängten Region leben“, betonte **Siegrun Höhne**. Dennoch hätten die Menschen in ländlichen Regionen manchmal das persönliche Gefühl, abgehängt zu sein. Die Menschen wollten von Staat und Politik Aufmerksamkeit und Wertschätzung erfahren. Dafür spielten auch Infrastrukturen eine große Rolle: „Sie haben schon zugesehen, wie die Grundschule dicht gemacht wurde, der

Bäcker und die Arztpraxis. Jetzt verbleibt noch die Freiwillige Feuerwehr – die muss laufen, sonst kann das Dorf dicht machen.“

Auch wenn das Elbehochwasser eine Katastrophe war, so wirke es in den damals betroffenen Regionen bis heute identitätsstiftend: „Die Menschen standen im Mittelpunkt, die Bundeswehr hat geholfen und die Tagesschau berichtete.“ Soziales Kapital wirkt förderlich auf die Lebenszufriedenheit, so Höhne. „Soziale Dorfentwicklung muss in die Förderung der Dorfentwicklung aufgenommen werden. Wir brauchen Coaches und Dorfmanager und mehr Anerkennung und Wertschätzung für die Leistung von Vereinen und Engagement“, forderte sie.

Markus Nierth erlebe Menschen, die im „Hamsterrad der Gewinnmaximierung“ nicht mithalten können und kraftlos zurückbleiben. Sie hätten kaum Raum und Platz in der Gesellschaft. Gerade in den 90er Jahren hätten viele Menschen durch Arbeitsplatzverlust und wirtschaftlichen Niedergang viel Würde verloren. „Ich erlebe in den persönlichen Gesprächen mit diesen Menschen viel Unzufriedenheit aber auch viel Undankbarkeit“. Diese



Markus Nierth erlebt Menschen, die im „Hamsterrad der Gewinnmaximierung“ nicht mithalten können und zurückbleiben

Menschen brauchen Unterstützung, Beratung und Coaching, sie trauen sich aber nicht, dies einzufordern.

In den 15 Jahren, die Nierth als Pfarrer tätig war, sei er in Tröglitz als Kümmerer wahrgenommen worden. „Dies wurde schlagartig anders, als ich Ortsbürgermeister wurde – jetzt gehörte ich zu denen da oben.“ Viele Menschen richteten sich ein in ihrer „kuscheligen Unmündigkeit“ und wollten sich politisch nicht einbringen. Abgehängt von der Zukunftsfähigkeit und sozial ausgegrenzt, entwickelten sie eine „Sehnsucht nach autokratischen Strukturen“. In diesen Regionen sei Identitätsstiftung besonders wichtig – „etwas, was neue Kraft spenden kann“, riet Nierth.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Daseinsvorsorge vor allem in ländlichen und strukturschwachen Regionen bekommt zunehmend eine politische Dimension, das zeigten die Beiträge der Referenten. Schlussfolgernd lässt sich festhalten:

- Die Lebenszufriedenheit in Sachsen-Anhalt liegt mit 70 Prozent auf hohem Niveau und im Bundesdurchschnitt. Auch in schrumpfenden Regionen ist die Lebenszufriedenheit mit 68 Prozent nur geringfügig kleiner. Die wirtschaftliche Lage des Wohnortes wird in schrumpfenden Regionen geringer beurteilt, die eigene wirtschaftliche Lage wird aber als positiv beschrieben und liegt im Landesdurchschnitt.
- Allerdings: Die Präferenz für die AfD liegt in Orten mit weniger als 2.000 Einwohnern mit 23,5 Prozent deutlich über dem Durchschnitt in Sachsen-Anhalt (13,5 Prozent). In schrumpfenden Regionen liegt sie durchschnittlich bei 17 Prozent.
- Es gibt Hinweise auf Zusammenhänge, aber noch keine zwingende empirische Evidenz für einen Zusammenhang zwischen Infrastruktur, Lebenszufriedenheit und Politik- und Demokratieverdrossenheit.
- In schrumpfenden Regionen artikulieren die Menschen häufig das persönliche Gefühl, „abgehängt zu sein“. Sie erwarten mehr Aufmerksamkeit, Anerkennung und Wertschätzung. Hierfür brauchen Politik und Verwaltung eine angemessene personelle Ausstattung, um für die Anliegen der Bürger ein offenes Ohr haben und sich kümmern zu können.
- Gemeinsame Aufgaben und unternommene Anstrengungen wirken auf kommunaler Ebene häufig identitätsstiftend und begünstigen die Entstehung sozialen Kapitals. Soziales Kapital wirkt förderlich auf die Lebenszufriedenheit. „Soziale Dorfentwicklung“ sollte daher in die Förderrichtlinie des Landes zur Dorferneuerung aufgenommen werden.

4. Lokale Entwicklungsstrategien

Strategien zur Daseinsvorsorge und für sozialen Zusammenhalt im ländlichen Raum – gehen uns die Lösungen aus?



Dr. Hardo Kendschek: „Wer von abgehängten Regionen oder Problemregionen spricht, betreibt Vertreibungskommunikation“

„Vertreibungskommunikation“, spitzte Kendschek zu. Auch das Erzgebirge z.B. werde hin und wieder als „Problemregion“ bezeichnet, berichtete er. Dabei übersehe man, dass es dort derzeit boome: „Die Wirtschaft wächst, es herrscht Vollbeschäftigung, und die Menschen haben eine hohe Identifikation mit ihrer Region.“

Kendschek schilderte das Modellprojekt „Lust auf Innenstadt“ des sächsischen Innenministeriums (siehe Verweis rechts). Dafür haben sich die sieben größeren Städte des Erzgebirges – Annaberg-Buchholz, Aue, Marienberg, Oelsnitz, Schwarzenberg, Stollberg und Zschopau – in einem Städtenetzwerk zusammengetan und zwei Jahre lang nach Wegen für eine Belebung ihrer Innenstädte gesucht. Die Herausforderungen für Innenstädte sind vielfältig. „Vor allem die Leitfunktion des Einzelhandels für die Innenstädte verliert in Zeiten von Online-Shopping an Bedeutung“, erläuterte Kendschek. Heute seien die Stadtzentren stärker als Orte der Kommunikation, der Kultur, der Freizeit, der

Hart ins Gericht ging **Dr. Hardo Kendschek**, Leiter des Leipziger Büros des Empirica-Instituts, mit Begriffen wie „abgehängte Region“ oder auch „Problemregion“. Die mit solchen Begriffen verbundene Kommunikation führe dazu, dass die Menschen das Gefühl haben, sie lebten in einer nicht zukunftsfähigen Region. „Das ist Ver-



Das Modellprojekt „Lust auf Innenstadt“ incl. Praxisleitfaden unter www.wfe-erzgebirge.de/de/Regionalmanagement/Projekte_Kooperationen/Lust_auf_Innenstadt_1502.html

Bildung und der Identitätsbildung gefragt. „Erlebnisstadt schlägt Versorgungsstadt“, nennt das Kendschek. Diese Multifunktionalität erfordere vielfältige und vernetzte Kompetenzen von Entscheidungsträgern, aber auch mehr Beteiligung und Mitsprache der unterschiedlichen Anspruchsgruppen.

Ziel von „Lust auf Innenstadt“ war es, neue Lösungswege zu finden, zum einen individuell in jeder beteiligten Stadt, zum anderen sollten durch das Netzwerk auch übertragbare Projekte gefunden werden. Kendschek stellte einige davon vor: In Annaberg-Buchholz wurden Ideen für die Hauptgeschäftstraßen entwickelt. Hierfür wurden in einem partizipativen Prozess alle unterschiedlichen Interessengruppen, auch Neuhinzugezogene und junge Familien, einbezogen. Im Ergebnis soll jede Straße einen thematischen Schwerpunkt erhalten, auf den ein Entwicklungsschwerpunkt gelegt werden soll. In Aue wurde die Innenstadtmarke „Lila Herz“ samt Imagekampagne entwickelt. Die Marke soll einen sympathischen Wiedererkennungseffekt hervorrufen, was durch viele Aktionen und Events in der Stadt gefördert wird. Ein Ideenwettbewerb verknüpfte das „Lila Herz“ mit der Stadt-Silhouette.

In Marienberg wurde der Marktplatz belebt, z.B. mit einer Eisbahn, und die umliegenden Höfe mit der Veranstaltung „Offene Höfe im Advent“. Zudem wurde eine digitale Informationsstele aufgestellt. In deutscher, englischer und tschechischer Sprache können hier Nutzer über ein touchfähiges Display Informationen zu Sehenswürdigkeiten, kulturellen und gastronomischen Einrichtungen und zu Veranstaltungen abrufen. In Oelsnitz wurde die „Industrie- und Handwerksnacht“ entwickelt. Dabei können sich Unternehmen den interessierten Menschen vorstellen. Auf diese Weise werden den Menschen nicht nur die heimischen Unternehmen nähergebracht, sondern auch das drängende Thema Fachkräftesicherung behandelt. Zudem wurde ein „Welcome-Package“ für Neubürger entwickelt, mit „Erlebniskarten“, die es einfach machen, sich in der Stadt zurechtzufinden.



Steffi Trittel will nun die Digitalisierung in den Blick nehmen

Aus der Praktiker-Perspektive antworteten Steffi Trittel, Bürgermeisterin der Gemeinde Hohe Börde und Vorsitzende der Lokalen Aktionsgruppe Flechtinger Höhenzug,



*Die Machbarkeitsstudie
zur sozialraum-
orientierten Digitalisie-
rung der Gemeinde
Hohe Börde unter*

www.hoheboerde.de/front_content.php?idcat=642&idart=4774

sowie Thies Schröder von der Initiative „Energieavantgarde Anhalt“.

Auch **Steffi Trittel** betonte, dass den „Negativ-Sprech“ von abgehängten Regionen keiner mehr hören wolle. „Wichtig ist die gute Stimmung. So schlecht geht es uns doch gar nicht“, motivierte die Bürgermeisterin. Wenn die Gemeinde kein Geld habe, müsse man eben Geld suchen – Möglichkeiten gebe es viele.

So habe sie als Bürgermeisterin in den letzten Jahren viel für Familien realisieren können. Nun wolle sie sich der Digitalisierung widmen. Schnelles Internet hat die Gemeinde bereits

seit März, Datenraten von bis zu 50 Mbit/s sind nun möglich. Auch hat die Gemeinde eine Machbarkeitsstudie für eine sozialraumorientierte Digitalisierung erstellen lassen (siehe Verweis oben). Die Leitfrage sei und bleibe: Wie kann durch digitale Unterstützungsangebote ein (Zusammen-)Leben und Arbeiten im ländlichen Raum verbessert werden? In einem beteiligungsorientierten Prozess sind hier Ideen entstanden wie ein digitaler Flohmarkt, regionales Online-Shopping oder Online-Buchungstools für Arzttermine. Trittel, die auch im neu gegründeten Digitalisierungsbeirat Sachsen-Anhalt sitzt, betonte, dass sie ein „Co-Working in ihrer Gemeinde haben wolle“.

Der Energieavantgarde Anhalt e.V. ist ein Netzwerk in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, das den dezentralen Umbau des Energiesystems fördert. In dem Netzwerk engagieren sich Bürger, Kommunen, Unternehmen und Einrichtungen sowie regional und überregional tätige Institutionen. **Thies Schröder** verwies darauf, dass manche Förderprogramme, wie z.B. LEADER, „bürokratische Monster“ geworden seien. Auf der Suche nach Geld ließen sich dann doch einige Bürgermeister von dem damit verbundenen Aufwand



*Thies Schröder fordert mehr Freiraum:
„Wir brauchen mehr Mut für
Experimente und Reallabore“*

abschrecken. „Wir brauchen entfaltende Aktivitäten, prozessstärkende Mittel, die dort, wo sich Initiativen ergeben, und das wird durch die Digitalisierung eher mehr werden, stärken.“

Derzeit passten die Initiativen, die da sind oder gerade wachsen, nur eingeschränkt mit dem strukturellen Rahmen zusammen. „Im Bereich der Energie kann jeder zum Prosumenten – Konsument und Produzent –, zum Energiebürger werden, das dafür zu Investierende ist überschaubar“, erläuterte Thies. „Wir werden lernen müssen, was zukünftige Netze ausmachen, weil sie auf Plattformen ausgebildet werden.“ Solche neuen Strukturen bildeten sich nicht nur im Bereich Energie, sondern auch darüber hinaus, z.B. in der Kultur, so Thies.

„Wir brauchen mehr Mut für Reallabore und zur Entregelung.“ Dies sollte auch strukturell in der Raumordnung abgebildet werden, indem Experimentierräume definiert werden, in denen Ideen in der Umsetzung wohlwollend begleitet werden. „Das Finanzielle ist hierfür nicht das A und O, sondern die Spielräume“, betonte Thies. Schließlich wäre z.B. Ferropolis, die „Stadt aus Eisen“ mit ihren Tagebaubaggern, heute eine gehypte Festival-Location, nicht in Gräfenhainichen entstanden, hätte man vorher Machbarkeit und Bedarf prüfen lassen.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

In Folge von Schrumpfungprozessen verlieren universelle staatliche Vorgehensweisen nach und nach an Bedeutung für zukunftssichernde Entwicklungsplanungen. Die Digitalisierung hat einerseits großen Einfluss auf Rahmenbedingungen, eröffnet andererseits neue Entwicklungspfade. Aktivitätsimpulse verstärken sich, wenn sie nicht nur von kommunalen Stellen ausgehen, sondern durch bürgerschaftliches Engagement gestützt werden. Für letzteres gilt es, förderliche Rahmungen zu schaffen. Weitere Schlussfolgerungen sind:

- Die Versorgungsfunktion der Innenstädte verliert ihre Vorrangstellung. Demgegenüber steigt die Bedeutung der Innenstädte als Kommunikations-, Gesellschafts- und Erlebnisraum. Lebendige Innenstädte prägen immer stärker die Identität und das Image der Stadt. Die Multifunktionalität der Innenstadt erfordert vielfältige und vernetzte Kompetenzen der unterschiedlichen Anspruchsgruppen und Beteiligung der Bürger bei der Gestaltung.
- Durch Vernetzung von unterschiedlichen Akteuren und interkommunale Netzwerkbildung können (über)tragbare Ideen entwickelt werden.
- Mut zur „Entregelung“ braucht es auch in der Raumordnung: Es gibt in ländlichen Regionen viele von der Bürgerschaft getragene Initiativen, aber der bisherige strukturelle Rahmen wirkt hemmend. Es werden Experimen-

tierräume mit regulatorischen und rechtlichen Spielräumen benötigt, um die Umsetzung von Initiativen unterstützen zu können.

■ Die Digitalisierung bietet neue Chancen für ländliche Regionen („Smart Villages“). Wettbewerbe, Modellregionen, Reallabore und Förderprogramme können geeignete Instrumente sein, diese Möglichkeiten zu erforschen und praktisch zu erproben.

5. Fazit

Der Transferworkshop zeigte die Tiefe und Multidimensionalität der Entwicklung in ländlichen und schrumpfenden Regionen. Der Begriff „abgehängte Regionen“ wird dieser Heterogenität nicht gerecht. Er wirkt in seiner Wortbedeutung final, eine Umkehr sei kaum möglich. Zudem sendet er eine demotivierende Botschaft an alle aus, die sich in den Regionen den Herausforderungen stellen. Dabei hat sich in der Vergangenheit schon häufiger gezeigt, dass einstige Problemregionen prognosewidrig eine positive Entwicklung genommen haben. Auch durch die Vielzahl an vorgestellten Projekten, Handlungsmöglichkeiten, Initiativen und ihren engagierten Machern wurde deutlich, dass man strukturschwachen Regionen nicht per se die Zukunftsfähigkeit absprechen kann.



Prof. Peer Pasternack: „Es braucht Digitalisierung, Bildung und die Ertüchtigung und Befreiung der (Kommunal-)Verwaltungen“

Diese Argumente sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die thematisierten Regionen eine „deutschlandweit einzigartige Problemverdichtung“ aufweisen, wie es **Peer Pasternack** ausdrückte. Davor dürfe die Politik nicht die Augen verschließen. Diese Problemverdichtung wirkt auf die dort wohnenden Menschen und kann ein persönliches Gefühl des Abgehängtheits hervorrufen. Spätestens an dieser Stelle bekommt die demographische Entwicklung mit ihren steigenden territorialen Ungleichheiten eine politische Dimension.

Unter den Rahmenbedingungen einer schrumpfenden Bevölkerung kann der umsorgende Wohlfahrtsstaat in eine Schiefelage zwischen Kosten und Nutzen kommen und die ansteigenden Ungleichheiten haushaltstechnisch

nicht mehr unbedingt kompensieren. Der finanziellen Unflexibilität wird nicht selten mit einem Abbau herkömmlicher Infrastrukturen begegnet, was vor Ort als fehlende Wertschätzung der Menschen interpretiert wird. Auch wenn es für den Zusammenhang von Infrastruktur und (Nicht-)Wahlverhalten noch keine belastbaren empirischen Befunde gibt, können bestimmte Wechselwirkungen nicht ignoriert werden.

Mögliche Handlungsspielräume stellte der Workshop dar: die Stärkung des sozialen Kapitals, Unterstützung für bürgerschaftliche Initiativen, identitätsstiftende Maßnahmen und Ausbau der Befugnisse im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung.

In seinem Workshop-Resümee stellte Prof. Peer Pasternack, Sprecher der Expertenplattform, zudem auf drei Punkte ab:

- „Abgehängt“ werde einerseits von den Bewohnern entwicklungsgebremster Regionen als sarkastisch-polemische Selbstbeschreibung genutzt, andererseits aber als Fremdmarkierung abgelehnt.
- Eine verbreitete Komplexitätsabwehr, die in Demokratiemisstrauen münde, resultiere aus einem Lebensgefühl, das zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen ist: Man habe den Zusammenhang, in den das eigene Leben eingeordnet ist, nicht mehr im Griff.
- Entwicklungsideen für Sachsen-Anhalt müssten davon ausgehen, was das Land vor allem habe. Das seien Fläche, also: Flächen für gestaltende Initiativen; die Nähe zu Berlin und Leipzig, wo Flächen teuer und knapp werden, was als Lagegunst nutzbar sein könnte; schließlich eine im Verhältnis zur Bevölkerungszahl hervorragende wissenschaftliche Ausstattung. Was für die Nutzung dieser Vorzüge fehle, seien flächendeckende Digitalisierung und Ideen für die viele Fläche. Es brauche daher Digitalisierung, Bildung, Er-tüchtigung und Befreiung der (Kommunal-)Verwaltungen sowie eine Entschlackung der Fördermittelverwaltung. Dann könnten Ideen ebenso entstehen wie auf fruchtbaren Boden fallen, um sich dort weiterzuentwickeln.

Die Expertenplattform

Die Mitglieder der Expertenplattform arbeiten an Hochschulen, Einrichtungen der außer-universitären Forschungsorganisationen und an freien Instituten in Sachsen-Anhalt. Die Plattform bietet einen Rahmen, der es neben der Vernetzung ihrer Mitglieder erlaubt, von außen auf diese versammelte Expertise zuzugreifen. <http://expertenplattform-dw.de/>

